

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheinung: Dienstags,
Donnerstags, Samstags

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen
Kosten die einseitige Kolonellzeile
über deren Raum 15 Wp.
Für auswärtige Besteller 20 Wp.
Reklamen 60 Wp.

Bezugspreis
monatlich 80 Wp., mit Fringe-
lohn 85 Wp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Wp.
auschl. Bestellsgeb.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 8. Erstes Blatt.

Samstag, den 18. Januar 1919.

27. Jahrgang

Spartakus Ende.

Liebknecht und Rosa Luxemburg getötet.

Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden bei Verwandten in der Mannheimerstraße in Berlin verhaftet. Bei ihrer Überführung vom Eden-Hotel nach Moabit machte Liebknecht einen Mordversuch und wurde von der Wache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von der Wache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von der Wache erschossen.

Liebknechts Ende.

Mittwochabend zwischen 9 und 10 Uhr wurden in der Mannheimerstraße 43 Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg festgenommen. Die Festnahme erfolgte durch Kriminalbeamte, die den Aufenthalt der beiden ermittelt hatten. Sie wurden getrennt nach dem Stadtsquartier der Gardebataillonstrafdivision im Hotel Eden gebracht. Die Festnahme sollte nur eine vorläufige sein. Es war beabsichtigt, sie nach dem Untersuchungsgefängnis zu überführen, damit die Regierung entscheiden könnte, was mit den beiden geschehen sollte. Liebknecht leugnete zuerst, der Gefangene zu sein. Er gab es aber schließlich zu, als man seine Fingerringe und Papiere auf seinen Namen bei ihm fand. Als die erste Vernehmung und die Feststellung seiner Personalkarte beendet war, wurde Liebknecht durch einen Seitengang aus dem Hotel zu einem Automobil geführt. Der begleitende Offizier erklärte Liebknecht, daß er unbedingt von der Wache Gebrauch machen würde, wenn Liebknecht irgendwelchen Mordversuch beabsichtige. Liebknecht mußte aus dem Seitengang herausgelassen werden, weil sich vor dem Hotel eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Auch in die Halle waren die Menschen schon eingedrungen. Das Auto konnte sich nur mit Mühe Bahn machen, um vorzufahren. Als Liebknecht in das Auto einstieg und auf dem Vorderplatz Platz nahm — es war ein Dienstauto — erhielt er von hinten aus der Menschenmenge einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes versuchte nun, aus der Menge herauszukommen, es wollte auf einem Umwege durch den Tiergarten nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren. Unterwegs erlitt der Wagen eine Panne. In der Gegend des Reusses blieb das Auto stehen, und der Chauffeur erklärte, daß es einiger Zeit bedürfe, um den Wagen wieder flott zu machen. Der Führer des Transportes sagte Liebknecht nun, ob er sich stark genug fühle, um an die Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo ein Transportauto anhalten wolle, um Liebknecht abzuholen. Liebknecht erklärte sich bereit dazu. Als der Transport etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, begann Liebknecht auf einmal davonzulaufen. Es wurde ihm sofort „Halt!“ und „Stillstehen!“ gerufen, aber Liebknecht versuchte, in ein Unterholz zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Hals. Er fiel um und war sofort tot. Man brachte ihn nach der Unfallstation am Zoologischen Garten. Nur der Tod konnte hier festgestellt werden. Seine Leiche wurde ins Schauspielhaus gebracht.

Der Tod der Rosa Luxemburg.

Während Liebknecht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach dieser Vernehmung wurde sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Unterwegs war die Menge zu Hunderten angewachsen. Es wurde versucht, die Leute durch einen Seitengang fortzubringen. Ein Herr erschien auf dem Gang des Hotels und erklärte, Rosa Luxemburg sei bereits durch einen anderen Ausgang fortgebracht worden. Daraufhin verließ sich die Menge. Der Offizier bestieg zur Sicherheit das Auto und fuhr nach dem Kaiser Wilhelm-Kirche zu, kam jedoch durch eine über die Straße zurück und fuhr am Haupteingang am Tierparkdamm vor. Dort war die Straße menschenleer. Er ging nun nach oben, um Rosa Luxemburg abzuholen. Als er mit der Verhafteten herunterkam, hatte er inzwischen schon wieder eine Menschenmenge angezogen, die auch die Halle füllte. Der Führer ging mit Begleiteten schon wieder vor Frau Luxemburg, um ihr den Weg frei zu machen, aber die Menge stürzte sich auf die Person und schlug sie nieder. Betäubt wurde die Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen am Tierparkdamm vorfuhr, schlang sich ein Mann auf das Hintersitz, und gab einen Schuß auf die Luxemburg ab. Der Wagen wurde nun, um Weiterung zu verhüten, in schnelle Gangart gebracht und kam an die Brücke zwischen Aufseßendamm und Hühnerstraße. Dort wurde der Wagen durch Rufe angehalten. Die Leiche wurde ins Schauspielhaus gebracht.

Ein Wagen stülpte. Im gleichen Augenblick stürzte sich die Menge auf das Auto, riß den Körper der Frau Luxemburg aus dem Auto heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist bisher nicht möglich gewesen, die Leiche aufzufinden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehrkanal geworfen worden. Alles Suchen war bis zur Stunde vergeblich. Die Regierung will sofort die notwendigen Erhebungen anstellen, um einen genauen Bericht über das Ende Liebknechts abgeben zu können. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Es steht jedoch schon fest, daß die Transportführer und die Mannschaften kein Verschulden an dem Tod der beiden Getöteten trifft.

...

Kein menschlich denkender Mensch wird einem andern den Tod wünschen; selbst dem ärgsten Feinde, gegen den man mit der ganzen Kraft des Leibes und der Seele kämpft, gönnt man noch das Leben, das, trotz Schillers Wort, für jede Kreatur doch der Güter höchstes ist. Dennoch wird heute jedermann in Deutschland, dessen Herz des Vaterlandes Weh wie ein Schwert durchdringt, aufstehen bei der Nachricht von dem Ende der beiden geistigen Führer des Spartakusbundes. Besser dies Ende mit Schrecken für die Schuldigen an dem Brudermord, der deutsche Erde mit deutschem Blut getränkt hat, als ein Schrecken ohne Ende für unser ganzes Volk, das Frieden und Ordnung, Arbeit und Ruhe wünscht, um das zerstörte Haus des Reiches neu wieder aufzubauen. Hoffentlich führt mit dem Tod der geistigen Führer auch die spartakistische Bewegung in den deutschen Landen aus. Aber gerade jetzt tut doppelte Wachsamkeit not, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die irreführenden Spartakisten blindwütend als Rächer erscheinen und einen solchen Versuch machen werden, an die Stelle des Rechtes und der Gerechtigkeit die brutale Gewalt zu setzen. Wachsamkeit ist daher das Gebot der Stunde für Regierung und Volk.

Die Forderungen des Verbands.

50 Milliarden.

Ueber die Höhe der feindlichen Schadenersatzforderungen äußerte sich Staatssekretär Erzberger noch einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern wie folgt:

Marshall Foch stellt als einmalige Entschädigung für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden, also insgesamt 50 Milliarden, in Aussicht. Als Sicherheit werden die Alliierten die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forten fordern.

(zu.) Wie eine offizielle Note meldet, sind die neuen Forderungen des Verbandes militärischer, ökonomischer und finanzieller Art. Ueber die Forderungen militärischer Art schreibt das „Journal des Debats“: Der Oberste Kriegsrat hat beschlossen, die beiden in Frankreich befindlichen polnischen Divisionen sofort nach Danzig zu entsenden und ihnen gleich starke alliierte Kräfte zuzufügen. Diese Truppen sollen die Eisenbahnlinie Thorn-Danzig besetzen. In ökonomischer Hinsicht wird die Lage der deutschen Handelsmarine und der deutschen Häfen besprochen werden. Die finanziellen Forderungen der Alliierten sollen nach dem „Progrès“ in der Forderung bestehen, angefaßt der hochgewerteten Schäden der Goldbeitrag der Reichsbank außerhalb Berlins zu bringen.

*

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

(b.) Aus Trier wird berichtet: Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden Dienstag vormittag im Salonwagen des Marichalls Foch durch eine Aussprache der Vorsitzenden der beiderseitigen Kommissionen eröffnet. Erzberger wies darauf hin, daß das deutsche Volk den Frieden wolle und die Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Möglichen erfüllt habe. Er stellte zum Schluß folgende drei Fragen: Wann werden die Alliierten die Blockade aufheben? Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die Rückgabe der in ihren Ländern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Wann werden wir in der Lage sein, den Präliminarfrieden zu schließen?

Aufhebung der Blockade?

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, vernimmt der „Daily Telegraph“ zuverlässig, daß die Aufhebung der Blockade gegen die Mittelmächte an erster Stelle auf der Friedenskonferenz zur Sprache kommen soll. Es bestehe große Aussicht, daß die Blockade in kürzester Zeit ganz aufgehoben werden würde.

Der Waffenstillstand.

Die neuen Bedingungen.

Marshall Foch ist im Namen der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen: Obwohl bei den Vorsehrungen seit der Erneuerung des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte gemacht sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreichte, was laut festgesetzten Vereinbarungen hätte erreicht sein sollen. Infolge dieser besagten Vereinbarungen (Spaa, den 17. 12. 18, Zusatzanstellungen 1 und 2) muß die deutsche Regierung also als Strafe für diese Verzögerung abliefern:

500 Lokomotiven und 19 000 Wagen
(davon 1000 für Elb-Lothringen).

In Anbetracht eines Teils des Willens der alliierten Regierungen, durch die Forderung der Lieferung dieses ergänzenden Eisenbahnmateriells nicht die Schwierigkeiten Deutschlands zu vermehren, in Anbetracht andererseits der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerungen der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten Ländern verursachen, wird bestimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das oben erwähnte, den Alliierten zustehende ergänzende Eisenbahnmateriell folgende landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte liefern soll, die unter den durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festgesetzten Einzelbedingungen am 17. Februar zu abgeben sind:

400 vollständige Dampfzuggruppen mit doppelter Maschine und dazu eingerichteten Waggons, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngemittelmaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Grabenpflüge, 12 000 Eggen, 6500 Messerregen, 2500 Stahlwalzen, 2500 Großflügel, 2500 Grasschneidmaschinen, 2500 Heubinder und 3000 Windmühlen.

Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät gehörigen Zubehör, mit Teilen der zu einem Betrieb von 18 Monaten benötigten Ersatzteile. Es stellt im übrigen im ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter dem Zehntel des Wertes des geschuldeten Eisenbahnmateriells steht. Die Lieferung ist unabhängig von der geschuldeten Rückerstattung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materials.

Zu Art. 10 Kriegsgefangene. Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung Strafvollzug gegen die Schuldigen. Sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht. Um den russischen Gefangenen eine der Gesetzen der Menschlichkeit entsprechende Behandlung und Heimbeförderung zu sichern, bestimmen die Alliierten Regierungen: Die Offiziere, die von den alliierten Mächten

Konkretes und Provinzielles.

Schierstein, den 18. Januar 1919.

Wegen Raumangel mußten heute verschiedene Anzeigen und Nachrichtenmaterial zurückgestellt werden.

Die für Schierstein vorgelegene Zentrumsversammlung konnte leider nicht abgehalten werden, weil für den Landkreis Wiesbaden nur 2 Zentrumsversammlungen genehmigt wurden.

— Geht rechtzeitig wählen! Am Sonntag findet die vom deutschen Volk so heiß ersehnte und vom Ausland mit Spannung erwartete Wahl zur Nationalversammlung statt. Der letzte Mann, die letzte Frau muß an die Wahlurne. An einem einzigen Tage gilt es eine Riesearbeit zu meistern und da ist es wohl angebracht, daß wir an unsere Leser die Mahnung richten: Geht rechtzeitig wählen! Das liegt auch im Interesse der Wähler selbst. Denn pünktlich um 8 Uhr abends schließt der Wahlvorstand ohne Rücksicht auf etwa noch im Wahllokal anwesende Wähler, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, die Wahlhandlung. Saumselige können also leicht durch eigene Schuld um ihr Recht gebracht werden, durch ihre Stimme das Gesicht des zukünftigen Deutschlands mitzubestimmen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Wahlzeit der deutschen Nationalversammlung.

Die Wahlhandlungen für die Deutsche Nationalversammlung beginnen am 19. Januar vormittags 8 Uhr und werden nachmittags 7 Uhr geschlossen und dauern nicht, wie es in der 1. Bekanntmachung lautet von 9 Uhr bis 8 Uhr.

Betr. Wahlen zur preussischen Landesversammlung.

Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung finden am 26. Januar d. J. von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. wie folgt statt:

I. Bezirk

umfaßt die Wallufer-, Wilhelm- und Viebricherstraße und den nördlich hiervon gelegenen Ortsteil.

Wahllokal: Sitzungssaal des Rathauses.

Wahlvorsteher: Beigeordneter Lang.

Stellvertreter: Bürgermeister Schmidt.

II. Bezirk

umfaßt den südlich der Wilhelm- und Viebricherstraße gelegenen Ortsteil.

Wahllokal: Alte Schule.

Wahlvorsteher: Rektor Herr.

Stellvertreter: Lehrer Dapper.

Zufolge Anordnung des Herrn Kommandanten sind die Bürgersteige und Fahrdämme

jeden Mittwoch und Samstag Nachmittags

gründlich zu reinigen.

Uebertretungen werden streng bestraft.

Schierstein, den 18. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

— Kriegsanleihe. Die Reichsbank hat den Kurs, zu dem sie kleinere Beträge deutsche Kriegsanleihe annimmt, mit Wirkung ab 15. d. M. weiter und zwar auf 92,10 Prozent, herabgesetzt, d. h. also um 2 Prozent. Damit nähert sich der Aufnahmefuß der Reichsbank bis auf eine nicht mehr sehr bedeutende Spanne, dem im freien Verkehr für größere Beträge Kriegsanleihe erzielbaren Kurs. Der Handel mit deutschen Kriegsanleihen wird vom 16. Januar an, mit Ausnahme der eigenen Bestände der Banken, freigegeben. Mindestverkaufspreise fallen von diesem Tage an fort.

— Warnung vor gefälschten Kriegsanleihe-Zinscheinen. Es sind Zinscheine oder 5proz. Kriegsanleihe im Umlauf, die auf der Rückseite folgende Stempel tragen: Entweder „Geprüft Deutsche Bank Hauptkassette 29. 12. 18“; oder „Deutsche Bank Kontrolle N. 10. 12. 18.“ Hierzu ist zu bemerken, daß die Deutsche Bank Zinscheine mit einem Stempel irgendwelcher Art nicht in Umlauf bringt oder zu Zahlungen benutzt. Es ist zu vermuten, daß an den Zinscheinen Fälschungen vorgenommen worden sind, und daß die Fälscher obengenannte Stempel benutzt haben in der Absicht, bei denjenigen Personen, denen sie die Zinscheine in Zahlung geben, kein Mißtrauen aufkommen zu lassen.

— Amnestie-Verlängerung. Ergänzung zu dem Gesetz über eine militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918. Die Frist des § 2 Abs. 4 der Verordnung vom 7. Dezember 1918 wird bis zum 31. Januar verlängert. Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der bei Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst die verlängerten, jedoch nicht bezahlten oder verbüßten Strafen erlassen werden. Ist ein Teil der Strafe verbüßt oder bezahlt, so wird der Rest erlassen. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

— Fertig abgewogen. In letzter Zeit ist in Geschäften vielfach, besonders in solchen mit Zuckerwaren, die Gewohnheit wieder angenommen worden, die Ware „fertig abgewogen“ in Tüten bereit zu halten. Obwohl der Bunsen nach Erleichterung in der Abwie-

gung des Geschäfts verständlich ist, so entspricht das Verfahren durchaus nicht den berechtigten Ansprüchen des Käufers. Die fertig abgewogenen Viertelpfund Tüten abgesehen davon, daß sie nicht auf 125, sondern 124 abgewogen werden, auch dann noch Minderungen zum Schaden des Verbrauchers auf, wie jetzt festgestellt wurde. Kein Käufer braucht darauf zu achten, daß die Ware vorwiegen zu lassen und dadurch vor Uebervorteilung bei Waren zu schützen. Preise ohnehin so gefallen sind, daß die Lust nach Süßigkeiten vergeht.

Kleine Meldungen.

Köln. Nach zuverlässiger Quelle beabsichtigt die britischen Behörden, für bestimmte Waren Versand von der linken Rheinseite nach dem uns festgesetzten Deutschland in absehbarer Zeit zu lassen. Eine Liste der freigegebenen Waren wird nach Abschluß der Vorbereitungen mit der Veröffentlichung der Erlaubniserteilung bekannt gegeben werden. Verordnung wird eine begrüßenswerte wirtschaftliche Erleichterung bedeuten.

Düsseldorf. Der Bahnhof Düsseldorf-Unterbilg von Angehörigen der Spartakusgruppe besetzt worden, weil ein Zug mit Regierungstruppen angehalten wurde. Das Bahnpersonal erhob Einspruch beim Zugrat des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Düsseldorf. Der König der Belgier besuchte am Donnerstag in Begleitung eines Prinzen das belgische linksrheinische Düsseldorf. Er besichtigte belgischen Posten an der Rheinbrücke und kehrte nach Neuf zurück.

Berlin. Entgegen einer Dresdner Meldung, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu der erneuten Stellung ernächtigt, daß zu keinem Zeitpunkt des Jahres die Verbands-Regierungen an die deutsche Regierung mit einem Friedensangebot herangetreten sind.

Deutsche demokratische Partei!

Zur Beachtung!

Um Verwechslungen zu vermeiden, machen wir nachstehend die Stimmliste (Wahlzettel) der Deutschen demokratischen Partei bekannt:

1. Hermann Luppe, Dr., Bürgermeister, Frankfurt a. M.
2. Erich Koch, Oberbürgermeister, Cassel,
3. Walther Schüding, Professor, Marburg a. L.,
4. Anna Schulz, Dr., Frankfurt a. M.,
5. Cornelius Trischmann, Landwirt, Oberellenbach.
6. Wilhelm Breidenstein, Rektor, Wiesbaden,
7. Josef Balzer, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.,
8. Fritz Kreuter, Fabrikant, Hanau.,
9. Christoph Müller, Maurermeister, Cassel,
10. Charlotte Kappes, Oberlehrerin, Marburg a. L.
11. Karl Bechstedt, Postsekretär, Frankfurt a. M.
12. Karl Stein, Pfarrer, Cassel,
13. Friedrich Ziegenmeyer, Kaufmann, Idstein,
14. Arnold Schuster, Landwirt, Cubach b. Weilburg,
15. Paul Winkhaus, San.-Nat., prakt. Arzt, Bad Wildungen.

Es darf auf dem Zettel kein Name zugefügt werden, da derselbe dann seine Gültigkeit verliert.

Nehmt vor dem Wahllokal nur von den mit dem Schilde

„Deutsche demokratische Partei“

kenntlichen Vertrauensmännern Wahlzettel entgegen. Jeden anderen Zettel weist zurück.

Von den Frauen und Mädchen erwarten wir, daß jede ihre Pflicht tut und an der Wahlurne erscheint.

„Wählen ist Pflicht“.

Also auf zur Wahl! Zeigt, daß die „Demokratie“ die Kraft besitzt, sich aus dem politischen Durcheinander der letzten Wochen und dem Zusammenbruch unseres Staatswesens wieder zu geordneten und geregelten Verhältnissen emporzuarbeiten.

Auf zur Wahl!

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Wer gegen die Trennung von Staat und Kirche
Wer für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule ist,

Wer für die Partei des christlichen Bürgertums und Handwerks ist,

Wer gleiches Recht für alle fordert ohne Unterschied der Konfession,

Wer für geordnete Verhältnisse innerhalb des deutschen Reiches ist,

Wer für Taten und nicht für Worte und Versprechungen ist,

der gebe seine Stimme der Partei, die für das Wohl Aller und die Freiheit Aller eintritt.

Diese Partei, die weder nach rechts noch nach links blickt, sondern geradeaus geht, ist die **Zentrumspartei**.

Christliche Männer und Frauen!

Geht also eure Stimme am Tage der Entscheidung an stehenden Kandidaten der **Zentrumspartei**:

Kentner Richard Müller (Fulda) Bauarbeitersekretär
Joseph Becker (Berlin), Mittelschullehrer Jean Albert Schuler (Frankfurt a. M.), Volksvereinssekretär Frank (Fulda), Pfarrer Ferd. Müller (Elz), Frau Johla Bontant-Klehe (Frankfurt a. M.), Landwirt Vogt (Hünfeld), Kreisschulinspektor (Mansbach), Redakteur Dr. Joh. Kramer (Fulda), Buchdrucker Gerh. Heil (Frankfurt a. M.), Pfarrer Ebel (Neustadt), Fabrikant Ohlig (Montabaur), Amtsgerichtsrat Auth (Kassel), Landwirt Eisel (Montabaur), Frau Gymnasialdirektor Beckmann (Limburg).

Was will die sozialdemokratische Partei?

Volksgenossen! Volksgenossinnen! Männer und Frauen!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von der Wahl, und das Volk soll durch den Stimmzettel entscheiden, welcher Partei es sein Vertrauen schenken will. Die Wahl dürfte nicht schwer fallen. Die Parole muß lauten:

Für die sozialdemokratische Partei!

Denn nur sie ist es, die auf den Trümmern des alten, morschen, militaristischen, bürokratischen Obrigkeitsstaates einen neuen, freiheitlichen, **sozialistischen Volksstaat** aufbauen kann. Alle anderen Parteien haben bei der gewaltigen politischen Umwälzung abseits gestanden. Jetzt zwar versuchen sie durch ihre Wahlaufrufe den Glauben zu erwecken, als ob sie schon seither für eine freiheitliche Gesetzgebung und Verwaltung eingetreten wären.

Dem ist aber nicht so! Das Verhalten aller anderen Parteien in den bisher bestehenden gesetzgebenden Körperschaften hat gezeigt, daß sie ein Hemmschuh der freien politischen Entwicklung gewesen sind.

Nur die sozialdemokratische Partei hat getreu ihrem Programm stets durch die Tat bewiesen, daß sie einzig und allein unerschrocken für die **Umänderung des alten volksfeindlichen Staatssystems** gearbeitet und gekämpft hat.

Eine Hauptforderung der sozialdemokratischen Partei ist die

Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, an Großgrundbesitz (Rittergüter, Fideikomnisse) Gruben, Bergwerken, Verkehrsmitteln in Gemeineigentum, also Staatseigentum.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des arbeitenden Volkes, sondern des gesamten Menschengeschlechtes.

Weiter fordert die sozialdemokratische Partei:

Allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts zu allen Körperschaften.

Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes.

Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau im öffentlichen und privatrechtlichen Leben gegenüber dem Manne benachteiligen.

Erklärung der Religion zur Privatsache. Die kirchlichen und religiösen Gemeinden sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig regeln.

Weltlichkeit der Schule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel nicht nur in der Volksschule, sondern auch in allen höheren Bildungsanstalten.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Abschaffung der Todesstrafe.

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zu Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben. **Erbschaftssteuer** stufenweise steigend nach Umfang des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Zur Bestreitung der ungeheuer gewachsenen Kriegsschulden ist eine resülose Erfassung der Kriegsgewinne durchzuführen.

Deutschland kann nur gefunden, wenn es ein geschlossener Einheitsstaat bleibt. Die sozialdemokratische Partei verwirft daher alle Absplitterungsversuche vom Reiche, wie sie jetzt in unverantwortlicher Weise betrieben werden, von Leuten, die sich als Vaterlandsfreunde geberden.

Wähler und Wählerinnen! Wer will, daß unsere Forderungen zum Wohle des gesamten Volkes im neuen Staatswesen zur Durchführung kommen, der trete für die sozialdemokratische Partei ein, der wähle

Die Scheidemannliste.

An dem deutschen Volke liegt es, Deutschlands Zukunft, Deutschlands Schicksal in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit zu legen.

Sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis Wiesbaden, Biebrich, Rheingau, Untertaunus.

An die deutschen Frauen.

Die deutsche Frau gehört in die Deutsche demokratische Partei.

Die Frau will Frieden! Frieden nach außen, Ueberwindung der Gewalt durch Gerechtigkeit, freie Entwicklung für jedes Volk in seiner Eigenart, bei sicherer Wahrung von Deutschlands Würde.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Die Frau will den inneren Frieden! Sie ersucht dem Deutschen Volke Ruhe und Einheit. Keinen Klassenkampf, sondern brüderliches und schwesterliches Zusammenarbeiten.

Keine Klassenherrschaft, keinerlei Bevorzugung Einzelner durch Geburt oder Besitz, keine Anhäufung des Reichtums neben bitterer Armut! Lebenswertes Dasein für Alle durch werktägige Arbeit! Volle soziale und politische Gerechtigkeit für Alle.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Sie dient keiner Schicht, sie dient der Gesamtheit. Die Frauen sind treu der Einheit des Reiches, sie lieben ihr Vaterland doppelt, weil es leidet.

Aber sie wollen nicht Ueberwundenes neu beleben, sie wollen Neuanfang von Grund auf.

Das fordert die Deutsche demokratische Partei!

Sie baut den neuen Volksstaat, die deutsche Republik.

Die Frauen wollen ihr Recht, ihre Arbeit, Ausbildung und Schutz für sich und ihre Kinder, Anerkennung ihres Staatsbürgertums. Das sichert ihnen die deutsche demokratische Partei, die Partei der Frauen.

Die Frauen der Deutschen demokratischen Partei.

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
1. und 2. Spalte 10 Pf. pro Zeile
3. und 4. Spalte 8 Pf. pro Zeile
5. und 6. Spalte 6 Pf. pro Zeile
7. und 8. Spalte 4 Pf. pro Zeile
9. und 10. Spalte 3 Pf. pro Zeile
11. und 12. Spalte 2 Pf. pro Zeile
13. und 14. Spalte 1 Pf. pro Zeile
15. und 16. Spalte 1 Pf. pro Zeile
17. und 18. Spalte 1 Pf. pro Zeile
19. und 20. Spalte 1 Pf. pro Zeile
21. und 22. Spalte 1 Pf. pro Zeile
23. und 24. Spalte 1 Pf. pro Zeile
25. und 26. Spalte 1 Pf. pro Zeile
27. und 28. Spalte 1 Pf. pro Zeile
29. und 30. Spalte 1 Pf. pro Zeile
31. und 32. Spalte 1 Pf. pro Zeile
33. und 34. Spalte 1 Pf. pro Zeile
35. und 36. Spalte 1 Pf. pro Zeile
37. und 38. Spalte 1 Pf. pro Zeile
39. und 40. Spalte 1 Pf. pro Zeile
41. und 42. Spalte 1 Pf. pro Zeile
43. und 44. Spalte 1 Pf. pro Zeile
45. und 46. Spalte 1 Pf. pro Zeile
47. und 48. Spalte 1 Pf. pro Zeile
49. und 50. Spalte 1 Pf. pro Zeile
51. und 52. Spalte 1 Pf. pro Zeile
53. und 54. Spalte 1 Pf. pro Zeile
55. und 56. Spalte 1 Pf. pro Zeile
57. und 58. Spalte 1 Pf. pro Zeile
59. und 60. Spalte 1 Pf. pro Zeile
61. und 62. Spalte 1 Pf. pro Zeile
63. und 64. Spalte 1 Pf. pro Zeile
65. und 66. Spalte 1 Pf. pro Zeile
67. und 68. Spalte 1 Pf. pro Zeile
69. und 70. Spalte 1 Pf. pro Zeile
71. und 72. Spalte 1 Pf. pro Zeile
73. und 74. Spalte 1 Pf. pro Zeile
75. und 76. Spalte 1 Pf. pro Zeile
77. und 78. Spalte 1 Pf. pro Zeile
79. und 80. Spalte 1 Pf. pro Zeile
81. und 82. Spalte 1 Pf. pro Zeile
83. und 84. Spalte 1 Pf. pro Zeile
85. und 86. Spalte 1 Pf. pro Zeile
87. und 88. Spalte 1 Pf. pro Zeile
89. und 90. Spalte 1 Pf. pro Zeile
91. und 92. Spalte 1 Pf. pro Zeile
93. und 94. Spalte 1 Pf. pro Zeile
95. und 96. Spalte 1 Pf. pro Zeile
97. und 98. Spalte 1 Pf. pro Zeile
99. und 100. Spalte 1 Pf. pro Zeile

Bezugspreis
monatlich 80 Pf., mit Bringer-
lohn 85 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 8.

Zweites Blatt.

Samstag, den 18. Januar 1919.

27. Jahrgang

Unsere wirtschaftliche Not.

Die außerordentliche Erschwerung unserer wirtschaftlichen Lage durch den in weiten Kreisen mangelnden Willen zu der intensiven Arbeit, die uns allein noch retten kann, dauert weiter an. Während die Arbeitslosigkeit außerordentlich schnell wächst, und es fast unmöglich erscheint, die Arbeitslosen aus den Großstädten und auf das platteland herauszubringen, wo Beschäftigung für sie geschaffen werden kann und, wie sich aus den Berichten der Arbeitsnachweisverbände ergibt, in großem Umfange auch bereits angeboten wird, sinken auch in den Industriebetrieben, wo Aufträge und Material vorhanden sind, die Leistungen in ganz erschreckender Weise. Als charakteristisches Beispiel mag angeführt werden, daß in einer sehr großen Lokomotivfabrik in der Umgebung Berlins, die vor der Revolution etwa jeden Tag eine Lokomotive fertig stellte im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden ist. Dabei hat der Betrieb Aufträge, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden, und ist auch mit Rohstoffen hinreichend eingedeckt. Die Anforderungen nach Arbeitskräften im Bergbau und in der Landwirtschaft bestehen in großem Maße fort. Doch läßt sich in einigen östlichen Provinzen, z. B. in Westpreußen und in Pommern, schon eine gewisse Minderung des Arbeiterbedarfes für die Landwirtschaft wahrnehmen, während die

unbefriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau noch im Stetigen begreifen ist. Die Zahl der stellenlosen Handwerker, Kaufleute und Bureauangestellten, sowie Kellner wächst enorm. Für Arbeiterinnen stehen weitere Entlassungen bevor, auch in den Industrien, in denen die Arbeiterinnen nicht erst seit dem Kriege tätig sind, wie z. B. in der Textilindustrie. Weibliches Hausgebinde wird in Stadt und Land weiterhin rege gesucht, ohne daß ein nennenswertes Gegenangebot vorhanden wäre.

Merke! Nachrichten.

Eine mittelnorddeutsche Bundesrepublik?

(b.) Die Braunschweigische Regierung fordert durch Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Vom hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichsten Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch das preussische Gebiet über die Göttinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte von Hannover, westlich Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu. Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine

rationale Verteilung an den der jeweiligen vor, in der die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren. Die aus dem preussischen Staatsverband ausscheidenden Gebiete werden als selbständige Kantons gelten. Der Aufruf schließt: Eile tut not! Es gilt, die Nationalversammlung vor die vollendete Tatsache zu stellen!

Ludendorffs Rechtfertigung.

(b.) Der schwedische Gutsherr Ulfsson, auf dessen Gut Heselom sich Ludendorff einige Zeit aufhielt, besand, sagte einem Pressevertreter, daß Ludendorff vom Morgen bis Abend an einer Verteidigungsschrift arbeite. Man wolle die „Hauptschuld“ auf Ludendorff ablenken, vergesse jedoch, daß Ludendorff bei Kriegsausbruch keine entscheidende Stimme gehabt habe, sondern nur Offizier unter vielen anderen im Generalstab gewesen sei. Erst im August 1915 habe er auf die Kriegsführung Einfluß gehabt. Nach dieser Zeit habe man ihm nicht ein einziges Mal nahegelegt, daß die Möglichkeit für einen Verständigungsfrieden vorhanden sei. Ein großer Irrtum sei auch die Behauptung, daß er sich einem Verständigungsfrieden widersetzt habe. Er sei niemals ein Anhänger von Annexionsplänen gewesen, die gegen eine Annäherung von Annexionsplänen gehandelt sein könnten. Es wird angenommen, daß diese Gesichtspunkte auch in der Verteidigungsschrift zum Ausdruck kommen werden.

Deutsche Volkspartei.

Wenn Deutschland wieder zu Kräften kommen soll, um die schweren Lasten des Friedensschlusses tragen zu können, dann muß alles geschehen zur Wiederaufrichtung des darniederliegenden, kranken Wirtschaftslebens.

Das freie Deutschland, das wir schaffen wollen, wäre nicht lebensfähig ohne blühende Volkswirtschaft und müßte elend dahinsinken.

Wir brauchen deshalb eine kraftvolle Regierung, die Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zu schützen imstande ist.

Alle gewalttätigen Eingriffe durch ungerechtfertigte Streiks und Sozialisierung durch Beschränkung des freien Wettbewerbs und des Wagemuts der Unternehmer sind von größter Gefahr und untergraben den deutschen Kredit in der Welt, den wir zum Wiederaufbau unbedingt gebrauchen.

Deshalb müssen

alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht der Sozialdemokratie angehören,
alle Angestellte, Gewerbetreibende und Handwerker,
alle Fabrikanten und Landwirte

unserer Partei beitreten, die mit aller Kraft für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft eintritt und alle früheren Auswüchse des gewerblichen Lebens beseitigen will.

Anmeldungen zum Beitritt nimmt entgegen die

Biebricher Geschäftsstelle:

2 Rathausstraße 2

Deutsche Volkspartei.

Von rechts kein Terror! Noch viel weniger von „links“ Terror!

Volle Gleichberechtigung in allen Lebensstellungen muß die Forderung des gesamten Volkes sein.

Welche Partei bietet Ihnen Alles!

Einzig und allein die auf dem Mittelwege (sprichwörtlich der goldene genannt) stehende

Deutsche demokratische Partei.

Die „rechts“ gerichteten Parteien haben „Sonder-Interessen“
und die weiter

„links“ stehenden Parteien suchen den „Umsturz“!

Wer hat die „Spartakiden“ und „Unabhängigen“ groß gezogen?

Antwort: „Die Sozialdemokratie“.

Sie allein trägt die Schuld, weil jetzt nach Kriegsende ein Chaos in Deutschland eingetreten ist.

Die Sozialdemokratie hat systematisch „ihre Theorien“, besser gesagt „Gift“ in die Herzen der Menschen geträufelt und zu träufeln versucht.

„Grau ist alle Theorie“ und am meisten die der Sozialdemokratie. Denn nachdem sie jetzt das „einführen“ soll, was sie immer predigte und den Menschen als erreichbares Ziel hinstellte, versagt sie vollkommen und glatt, sie hat **bankrott** gemacht.

Was ist das Ende vom Liede?:

**Plünderungen, Raub, Brudermord,
mangelnde Erwerbsmöglichkeiten,
Betriebsstörungen aller Art usw.**

Wer will die Religion, eine notwendige und elementare Sittlichkeitsbestrebung, **ausrotten**?

Antwort: Die „Sozialdemokratie“.

Die

Deutsche demokratische Partei tritt dafür ein,

daß ein jedes Kind nach dem Willen seiner Eltern in der von diesem bestimmten Religion unterrichtet wird und wenn religionslose Erziehung gewünscht wird, dann keinerlei Zwang ausgeübt werden darf. Also ungeschmälerte Religionsausübung für alle.

Jede Religionsgemeinschaft oder Sekte hat ganz gleiche Rechte. Jede behält ihre volle Würde, Freiheit und Geschäftsführung.

Man könnte noch Vieles und Schwerwiegendes sagen, aber auch das Vorstehende genügt, jedem ehrlich, rechtschaffen und gleich menschlich Denkenden die Augen darüber zu öffnen, was entstehen würde, wenn eine Deutschland diktatorisch beherrschende Klassenmacht durch die Wahl ans Ruder käme.

Darum: nieder mit Klassenherrschaft!

Vor allen Dingen:

Frauen und Mädchen heraus!

Ihr Frauen, Mädchen, Arbeiter, Beamte, Handwerker, Bauern, Handel-, Gewerbe- und Industrietreibende, liegt Euch die Zukunft Eurer selbst und die Eurer Kinder am Herzen, dann werbet und tretet ein in die Reihen der

„Deutschen demokratischen Partei“

und wählet morgen nur die Liste dieser Partei.

An die Wähler zur National-Versammlung!

Wählerinnen und Wähler!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von dem geschichtlichen Tag, an dem das gesamte mündige deutsche Volk, Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab zum erstenmale an den Wahlstisch tritt, um sich eine Regierung zu wählen. Die vorläufige sozialistische Regierung hat dieses freieste, dieses gerechteste, dieses demokratischste Wahlrecht der ganzen Welt in der kurzen Zeit ihres Bestehens geschaffen. Das Wahlrecht für Männer und Frauen, das unbedingt gleiche Wahlrecht für Arme und Reiche, für das ganz allein die sozialdemokratische Partei seit 50 Jahren gekämpft und gestritten hat. Das müssen vor allem die Wählerinnen und Wähler bedenken, die am Sonntag an die Wahlurne treten. Der Wahltag ist ein Sonntag, an dem Jeder Zeit hat und wählen kann, ohne einen Verdienstausfall zu haben. Das ist ebenfalls ein Verdienst der sozialistischen Regierung, denn nie wollte die gestürzte kapitalistische Regierung den Sonntag zur Wahl freigeben. Alle Wähler können auch frühzeitig wählen, das ermöglicht einen glatten Verlauf des Wahlgeschäftes. Kommt also frühzeitig!

Wen sollen wir wählen?

Die Sozialdemokratische Partei!

Warum? Weil einzig und allein die sozialdemokratische Partei stets energisch und unbeirrt für die Interessen des werktätigen Volkes eingetreten ist.

Wähler und Wählerinnen! Laßt Euch nicht irre machen von den Wahlausrufen der bürgerlichen Parteien, sie sind sämtlich verlegene Produkte des Wahlkampfes und sollen nur die Sünden der bürgerlichen Parteien verdecken, die diese in so ungeheurer Weise während des ganzen Krieges auf sich gehäuft haben.

Wählerinnen und Wähler! bedenkt, wer ist während des ganzen Krieges allein und energisch für den Frieden eingetreten? Wer hat jede Annexion, jede Kriegsschädigung abgelehnt, weil sie den mörderischen Krieg unendlich verlängern mußte? Die Sozialdemokratie! Wer wird heute von den Kriegshegern, von den Kriegsgewinnlern und Kriegswucherern, die massenhaft in den bürgerlichen Parteien, von der demokratischen bis zur konservativen Partei stecken, am meisten verleumdet?

Die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie will jedem Einzelnen sein Eigentum abnehmen, so sagen die bürgerlichen Parteien. Das ist eine Lüge, eine bewusste Verleumdung.

Die Sozialdemokratie will nur die Uebernahme kapitalistischer Großunternehmungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieb und zwar nur solcher Industriegruppen, die infolge fortschreitender Betriebskonzentration Verschmelzung und Kartellierung zu großen Privatmonopolen geworden sind.

Demnach keine Verstaatlichung von Kleinbetrieben und Mittelbetrieben! Keine Wegnahme bäuerlicher Ländereien. Die Kaufleute und Ladeninhaber, die Handwerker, die industriellen Klein- und Mittelbetriebe, die hauptsächlich für fremde Absatzmärkte arbeitenden Industrien, die Bauern usw. haben von der deutschen Sozialdemokratie nichts zu befürchten. Ihre Betriebe sollen weder vergesellschaftet noch gestört werden. Kein ernsthafter Sozialdemokrat hat jemals daran gedacht, dem Handwerker sein Handwerkszeug, der Näherin die Nähmaschine oder dem Bauern sein Feld wegzunehmen.

Die Sozialdemokratie will die Religion zerstören! So sagen verlegene Gegner. Die Führer der gegnerischen Parteien wissen ganz genau, daß das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert, daß die Religion zur Privatsache erklärt werden soll, derart, daß die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften Vereinigungen sein sollen, die ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen sollen. Der Staat soll jeden wegen seiner Religionszugehörigkeit in Frieden lassen; er soll keine Religion bevorzugen, aber die Staatsgewalt soll auch keine Religion verbieten und drangsaliieren dürfen.

Die Sozialdemokratie will, daß das gesamte Volk an der Gesetzgebung und Verwaltung teilnimmt und nicht, daß Gesetzgebung und Verwaltung wie seither von einer einzelnen kleinen, aber herrschenden und herrschsüchtigen Gesellschaftsschicht ausgeübt werde.

Wählerinnen und Wähler!

So sehen die Forderungen der Sozialdemokratie aus und nicht so, wie sie von böswilligen, gewissenlosen und schuld-

beladenen Gegnern verzerrt werden.

Darum tretet ein für die Liste der Sozialdemokratie, für die **Scheidemannliste** mit den Namen:

1. Philipp Scheidemann, Volksbeauftragter, Berlin-Stieglitz.
2. Dr. Max Cuatrecasas, Schriftsteller, Frankfurt a. M.
3. Georg Thöne, Parteisekretär, Kassel.
4. Gustav Hoch, Schriftsteller, Hanau a. M.
5. Friedrich Brühne, Schuhmachermeister, Sachsenhausen.
6. Johanna Fesch, Frankfurt a. M.
7. Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Max Groger, Ziseleur, Frankfurt a. M.-Wiesbaden.

9. Albert Grzeczinski, Metallarbeiter, Kassel.
10. Theo Tigges, Ingenieur Schlüchtern.
11. Fritz Ehrler, Gewerkschaftssekretär, Eschersheim.
12. Philipp Stein, Weißbinder, Hochstadt.
13. Andreas Weber, Schmied, Griesheim a. M.
14. Bräutigam, Landwirt, Landau-Waldeck.
15. Paul List, Geschäftsführer, Hersfeld.

Sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis Wiesbaden, Biebrich, Rheingau, Untertaunus.

Die Arbeiter-Partei

in der Provinz

Brandenburg

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

Die Arbeiter-Partei in der Provinz Brandenburg ist eine der ältesten und stärksten Parteien in Deutschland. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1863 als Partei der Arbeiterklasse entwickelt und hat in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Partei ist in der Provinz Brandenburg besonders stark vertreten und hat in den letzten Wahlen einen erheblichen Anteil der Stimmen erhalten.

bei
in d
sch
sch
gen
Nied
völle
werbl
legen
Stille
rerer
Stoa
tung
völle
verba
ander
selbst
den,
bestin
Gefes
der
den
freib
Ausst
net i
gesell
bestin
gewö
bet h
Gew
Nied
keine
Bevo
halten
Los
Er v
dens
prüf
7 3
regier
den
ernar
bet
in 2
sprün
ders
1 q
Kie
1. 3
gelar
f e i
schin
grun
nen
Frag
seine
könn
Tage
fend
Raf
Deut
sind
Kette
zu d
wiri
gen
sche
nen
in 9
Nach
not